Neues aus Niedersachsen -

Unser Newsletter aus Hannover für die Region

CDU Fraktion Niedersachsen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,
das Jahr hat Fahrt aufgenommen und Ostern steht bereits vor der Tür. Zeit, um auf das zurückliegende März-Plenum zu schauen und Euch über die wichtigsten Themen zu informieren.
Gleich ins Eingemachte ging es mit unserem Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der „Gehaltsaffäre in der Staatskanzlei". Wer hat die Beförderung in Auftrag gegeben? Ist rechtlich alles so gelaufen, wie es der Bürger erwarten darf? Wir klären auf und schaffen damit Klarheit für alle Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen!
Weiter auf der Tagesordnung standen die Themen: Aktionsplan gegen Einsamkeit, Cannabis-Legalisierung, Aus vom Verbrenner-Aus und Maßnahmen gegen die steigende Schulabbrecherquote.
Viele wichtige Themen, bei denen wir als CDU-Fraktion unsere Ideen einbringen und zeigen, dass wir einen Plan für unser Land haben und bereit sind Verantwortung zu übernehmen. In dieser Verantwortung lassen die Kolleginnen und Kollegen der Rot-Grünen-Regierungsfraktion in Teilen zu wünschen übrig.
Näheres erfahrt ihr wie immer auf den kommenden Seiten oder direkt von uns.
Meldet Euch gerne!

Wir wünschen frohe Osterfeiertage
eine gute Zeit.

Herzliche Grüße

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Gehaltsaffäre in der Staatskanzlei

Die Aufgabe der Opposition ist es, die Regierung zu kontrollieren. Dies gilt insbesondere dann, wenn Vorgänge rund um den Regierungschef bekannt werden, die viele Fragen aufwerfen, von denen der Ministerpräsident trotz vieler Gelegenheiten bislang keine zufriedenstellend beantwortet hat. Das Vorgehen des Ministerpräsidenten ist außerdem ungerecht gegenüber allen anderen im Öffentlichen Dienst Beschäftigten, die sich seit Jahren jeden Tag einsetzen und lange Zeit auf eine Beförderung warten müssen.

Es geht um die Frage, wie es dazu kam, dass die Staatskanzlei von dem Vorhaben der Beförderung der Leiterin des persönlichen Büros des Ministerpräsidenten nicht ablassen wollte, obwohl alle fachlichen Prüfungen des Finanzministeriums das Ergebnis hatten, dass dieses Vorhaben rechtswidrig war. Weiterhin ist bislang völlig ungeklärt, wieso die Staatskanzlei die Beförderung bereits auf die Tagesordnung des Kabinetts setzte, bevor der zuständige Finanzminister der Neuregelung überhaupt zugestimmt hat. Nicht beantwortet wurde bislang ebenso, wieso die Entscheidung über die Beförderung getroffen werden konnte, obwohl der entsprechende Erlass noch nicht an die anderen Ministerien verschickt wurde und letztlich ist auch die Frage der rückwirkenden Bezahlung von vier Monatsgehältern nicht geklärt, obwohl die Neuregelung des Finanzministers nur für künftige Fälle gilt.

Wir wollen außerdem insgesamt erfahren, welches Motiv hinter dieser Beförderung mit der Brechstange in der SPD-Gehaltsaffäre steckte. Mit dem Untersuchungsausschuss sollen die in unserem Einsetzungsantrag beschriebenen Sachverhalte umfassend und transparent aufgearbeitet werden. Der Ministerpräsident hat jüngst selbst öffentlich verlautbaren lassen, dass er die politische Verantwortung für diese Vorgänge trägt. Dieser Verantwortung muss er jetzt gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament gerecht werden und sich umfassend erklären.

Technologieoffene Mobilitätswende ohne Verbote!

„Seit mehr als 16 Monaten wird die Automobilindustrie von Rot-Grün im Landtag vernachlässigt. Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung eine klare Position zugunsten unserer Automobilindustrie einnimmt. Sie gefährdet mit ihrem Kurs tausende Arbeitsplätze in Niedersachsen. Die Vielfalt der technologischen Lösungen muss anerkannt werden, um eine erfolgreiche Mobilitätswende zu gestalten. Die CDU-Fraktion fordert deshalb von der Landesregierung konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Förderung innovativer Mobilitätskonzepte", so der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Marcel Scharrelmann.
„Wir wollen das Verbrennerverbot ab 2035 wieder abschaffen und die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und technologieoffen weiterentwickeln. Der Zertifikatehandel wird von der EU auf den Transportsektor ab 2027 ausgeweitet und setzt ausreichende Anreize hin zu einer klimaneutralen Mobilität. Starre technologische Verbote braucht es nicht", so Scharrelmann weiter.
„Die Automobilindustrie ist eine der wichtigsten Branchen in Niedersachsen und verdient unsere volle Unterstützung", unterstreicht Scharrelmann. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion rief im Landtag dazu auf, die Transformation des Mobilitätssektors als Chance zu begreifen und die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Mobilitätswende zu schaffen. Er betonte die Bedeutung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen.
„Es ist an der Zeit, dass die Landesregierung endlich ihre Verantwortung wahrnimmt und konkrete Maßnahmen

zur Unterstützung der Automobilbranche ergreift", betonte Scharrelmann während seiner Rede abschließend. „Wir müssen den Herausforderungen des Strukturwandels und der technologischen Innovationen mit einer klaren und umfassenden Strategie begegnen."

Hermann: Gesetz zur Cannabis-Legalisierung stoppen – Kinder und Jugendliche vor Gesundheitsgefahren schützen

„Es gibt nicht mehr viel, was SPD, Grüne und FDP im Bund noch zusammenhält. Die Bundesregierung kann sich bei den wichtigen Vorhaben für unser Land im Grunde auf nichts mehr verständigen. Worauf sie sich aber verständigen kann, ist die Freigabe von Drogen. Das ist kein gutes Zeichen für den Zustand dieser Bundesregierung. Und es zeigt, dass SPD, Grüne und FDP in Berlin einfach nicht die richtigen Prioritäten setzen", erklärte Carina Hermann, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion in der heutigen Landtagsdebatte zur Legalisierung von Cannabis.
Die CDU-Politikerin betonte, dass das geplante Gesetz den Besitz von bis zu 50 Gramm Cannabis für den Eigenkonsum im privaten Raum erlauben soll, was rund 100 Joints entspricht. „Wer braucht 100 Joints zum Eigenkonsum? Wer läuft mit rund 50 Joints über die Straße, wenn er nicht dealen will", fragte Hermann. Sie bezeichnete die Entscheidung als verantwortungslos und forderte den sofortigen Stopp des Gesetzes.
Des Weiteren wies Hermann auf die gesundheitlichen Gefahren von Cannabis hin, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sie kritisierte die geplante Regelung des Gesetzes, die lediglich einen Abstand von 100 Metern zu Kindergärten, Schulen und Spielplätzen vorsieht, als nicht kontrollierbar und unzureichend. „Der Schwarzmarkt wird durch die Legalisierung nicht nennenswert zurückgedrängt und junge Menschen werden dadurch einfacher an Cannabis und weitere Drogen gelangen können„, so die Parlamentarische Geschäftsführerin.

„Gerade wenn man für die Legalisierung von Cannabis ist, darf man diesem schlechten Gesetz erst recht nicht zustimmen", betonte Hermann und rief Ministerpräsident Stephan Weil dazu auf, sich gegenüber seinen Berliner Parteifreunden durchzusetzen und das Gesetz zu stoppen.

CDU Fraktion Niedersachsen

Buschmann/Bock: CDU-Fraktion fordert Reform des Polizeigebührensystems in Niedersachsen

„In seinem Jahresbericht 2022 hat der Landesrechnungshof deutlich aufgezeigt, dass trotz erheblicher Mängel bei der Berechnung und Verrechnung von Polizeigebühren bis heute keine wirklichen Fortschritte erzielt wurden. Dies hat zur Folge, dass gebührenpflichtige Amtshandlungen oft nicht erfasst und abgerechnet werden können, was die Effizienz und Gerechtigkeit des Systems erheblich beeinträchtigt. Die Verantwortung für diese Missstände trägt ganz klar die zuständige Ministerin, Frau Behrens", so die Landtagsabgeordnete Saskia Buschmann.
„Die überfällige Einführung von Gebühren für den Einsatz unmittelbaren Zwangs seitens der Polizei ist längst überfällig", so Buschmann weiter. Sie wies darauf hin, dass es außerdem an Haushaltsmitteln für mehr Personal, eine bessere Ausstattung und moderne Gebäude für die Polizei fehle.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion André Bock fordert deshalb nicht nur eine Anpassung der Gebührenordnung, insbesondere in Bezug auf die Gebührenhöhe, sondern auch eine Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG). Diese Änderung soll sicherstellen, dass die Kosten für polizeiliche Einsätze gerecht erhoben und eingetrieben werden können.
Abschließend betonen Buschmann und Bock, dass es höchste Zeit sei, das Chaos im Gebührenrecht zu ordnen und sicherzustellen, dass die Kosten für polizeiliche Einsätze gerecht und effizient erhoben werden.

Ramdor: Wir brauchen einen Landesaktionsplan gegen Einsamkeit

„Vor fast genau einem Jahr hat die CDU-Fraktion einen Entschließungsantrag vorgelegt, der aufzeigt, wie Einsamkeit landesweit bekämpft werden kann. Erst nach zehn Monaten hat die rot-grüne Landesregierung endlich einen eigenen Antrag vorgelegt, der jedoch weit hinter den Forderungen der CDU zurückbleibt.

Die Anträge unterscheiden sich vor allem darin: Wir sagen, wer was machen soll, sie sagen, was gemacht werden soll, aber nicht von wem", so die Landtagsabgeordnete und Mitglied im Sozialausschuss Sophie Ramdor.

„Es ist richtig, dass Einsamkeit erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann", betont Ramdor. „Aber leider enthält der Antrag der regierungstragenden Fraktionen keine konkreten Handlungsmaßnahmen dazu. Im Gegensatz dazu hat die CDU klare Vorschläge gemacht, wie das Bewusstsein für Einsamkeit gestärkt und die gesundheitlichen Auswirkungen erkannt und bekämpft werden können", so Ramdor weiter.

Ramdor fordert die Verankerung des Themenfelds Einsamkeit und soziale Isolation in relevanten Studiengängen wie Medizin oder soziale Arbeit. „Das ist ein konkreter Schritt, um das Bewusstsein zur Thematik Einsamkeit auszubauen", erklärt sie. Des Weiteren betont Ramdor die Bedeutung einer gesamtgesellschaftlichen Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Einsamkeit. „Wir müssen Akteure aus Politik, Sozialwirtschaft und der organisierten Zivilgesellschaft zusammenholen."
Die CDU-Fraktion fordert deshalb von der Landesregierung die Erarbeitung eines Landesaktionsplans gemeinsam mit Kommunen und Organisationen der freien Wohlfahrt.

Unser Monat in Bildern

20 Jahre N-Bank

Ehrung Sieger „Jugend forscht„

Besuch Bentheimer Eisenbahn

Eröffnung BIB in Syke

Besuch bei Harries Mühle, Stuhr

Besuch bei webnetz in Lüneburg

Klausurtagung AK Wirtschaft

Übergabe KAT-Schutzfahrzeuge